

Fraktionsreferat zum Antrag auf Direktbeschluss von Martin Christen betr. sofortige definitive Ausserbetriebnahme der Atomkraftwerke Beznau 1 + 2 sowie Mühleberg

Herr Grossratspräsident
Geschätzte Ratskolleginnen und –kollegen
Herr Regierungsrat

Quidquid agis, prudenter agas et respice finem – Was (auch immer) Du tust, tue es klug und bedenke die Folgen. Ich wünschte mir, diese antike Weisheit würde über dem Platz des Grossratspräsidenten für alle sichtbar prangen. Dann würde mancher parlamentarischer Vorstoss wohl nicht oder anders eingereicht – so auch der vorliegende Antrag auf Direktbeschluss.

Kaum jemand in diesem Saal kann wohl von sich behaupten, dass ihn die atomare Katastrophe von Fukushima in seiner Haltung gegenüber der Kernenergie nicht verunsichert hat. Aber in schwierigen Zeiten gilt es erst recht, einen kühlen Kopf zu bewahren, die Lage besonnen zu analysieren und keine voreiligen Schlüsse zu ziehen.

Auch wenn klar ist, dass sich die eingetretene Situation in Japan - mit einem Erdbeben dieser Stärke und nachfolgendem Tsunami - in der Schweiz in dieser extremen Form nicht ereignen kann, so gibt es trotzdem realistische Erdbeben- und Flutszenarien, die auch für die Schweiz denkbar sind. Allfällige Schwachstellen unserer eigenen Kernkraftwerke müssen deshalb schonungslos aufgedeckt und erforderliche Korrekturmassnahmen umgehend eingeleitet werden. Dazu gehören z.B. auch die KKW-Zugänge im Krisenfall. Selbstverständlich müssen die Aufsichtsbehörden völlig unabhängig von der Atomindustrie sein. Was in Sachen ENSI-Exponenten in den letzten Tagen ans Tageslicht gekommen ist, ist völlig inakzeptabel und gelinde gesagt eine Schweinerei. Kernenergie verzeiht keine Fehlbeurteilungen, keine Nachlässigkeiten und erst recht keine Schlampereien oder Gefälligkeitsgutachten. Es ist beileibe nicht das erste Mal, dass der Bundesrat eine äusserst unglückliche Hand in Personalfragen bewiesen hat. Und es häufen sich auch die Fälle, in denen Verantwortliche offensichtlich jeglichen persönlichen Anstand vermissen lassen und sämtliche Ausstands- und Befangenheitsregeln mit Füßen treten. Es ist äusserst tragisch, wie die Politik leichtfertig das Vertrauen der Bevölkerung aufs Spiel setzt.

Bei einer Neubeurteilung der Kernenergieisiken und ihrer Folgen ist auch das Ausland einzubeziehen. Macht es Sinn, in der Schweiz gut

gewartete KKW abzuschalten und in Frankreich 58 und in anderen Ländern Dutzende von Werken weiter in Betrieb zu lassen? Oder macht es Sinn, Schweizer Werke abzustellen und weiterhin Strom aus französischen KKW zu importieren? Austretende Radioaktivität kennt keine Landesgrenzen. Oder wäre es besser, Kohle-Strom aus Deutschland oder Osteuropa zu importieren? Mit anderen Worten: Wenn wir über das sofortige Abschalten von Beznau 1 + 2 sowie von Mühleberg diskutieren, müssen wir immer auch die Konsequenzen bedenken und Alternativen im Köcher haben.

Vor kurzem haben wir noch oft und intensiv über Klimapolitik und die CO₂-Problematik gesprochen, weil sich aus den stark steigenden CO₂-Emissionen eine unwiderrufliche und globale Schädigung von Mensch und Natur ergeben könnte. Wir wollen den CO₂-Ausstoss bis 2020 um 20% reduzieren (CH und EU); bis 2050 vielleicht sogar um 50 oder 80% (neue Strategie der EU). Bei diesen Zielen hat die Kernenergie bisher eine wichtige Rolle gespielt, weil sie Strom praktisch CO₂-frei produziert. Auch das ist in die Diskussion über die Energiepolitik einzubeziehen. Jede Energieform hat Vor- und Nachteile.

Strom ist die Schlüsselenergie unserer Gesellschaft. Strom gibt es nicht "ein bisschen". Entweder hat es Strom oder es hat keinen, wenn man den Schalter betätigt. Kein Strom bedeutet: kein Telefon, keine Information durch TV-Radio-Computer-Internet, kein Licht, kein fliessendes Wasser, keine Gesundheitsversorgung, keine funktionierenden Arbeitsplätze, kein Tram und kein Zug, keine Heizung & Kühlung usw. Ohne Strom steht unsere Gesellschaft sofort still. Deshalb ist eine sichere Stromversorgung ein äusserst wertvolles Gut. Wer das ausblendet, spielt mit einem tragenden Fundament unserer Gesellschaft.

Auch Energieeffizienz spielt eine wichtige Rolle. Das grösste Potential liegt bei Gebäuden und Verkehr – also bei der Einsparung von fossiler Energie. Es gilt aber auch: der Einsatz moderner Technologien bedingt oft gerade zusätzlichen Strom. Energieeffizienz kann unseren steigenden Strombedarf – im letzten Jahr immerhin 4% - also nicht einfach in Luft auflösen.

Zuerst prüfen, dann entscheiden. Wir müssen über die Zukunft der Energiepolitik und der Kernenergie sorgfältig diskutieren. Die Sistierung der Gesuche für neue Kernkraftwerke durch UVEK-Vorsteherin Leuthard bietet dafür den nötigen Raum. Die Leitlinie für diese Diskussion bildet die Nachhaltigkeit: die gleichwertigen Aspekte der Umwelt, der Wirtschaft und des Sozialen. Am Ende des politischen Prozesses wird das Volk über die Zukunft der Schweizer Energieversorgung und der Kern-

energie entscheiden. Die Naturkatastrophe in Japan zeigt uns allen drastisch, dass es keine absolute Sicherheit gibt, weder bei der Kernenergie noch sonst im Leben. Jede Form der Energiegewinnung birgt Chancen und Risiken.

Wie sieht die Energiezukunft der Schweiz aus? Darauf haben Bundesrat und Parlament schon vor den Reaktorunfällen in Japan eine Antwort gegeben. Sie ist immer noch gültig, auch wenn die Mehrheit des Bundesrates unter dem Eindruck der Ereignisse innert weniger Wochen ihr energiepolitisches Credo kopflös über den Haufen geworfen hat. Die Energiepolitik der Schweiz basiert auf den vier Säulen Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Grosskraftwerke und Energieaussenpolitik. Diese Politik ist sinnvoll und breit akzeptiert. Will man trotzdem auf Kernenergie oder einen wesentlichen Teil verzichten, wären der kurzfristige Ersatz oder die Einsparung von 40% unserer Stromversorgung aufzuzeigen.

Realistische Alternativen für grössere Mengen Bandenergie für die Schweiz sind Stromimporte und/oder Gaskraftwerke. Sie müssten aber – wie die Kernenergie – den Nachhaltigkeitskriterien (Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit) standhalten.

Neue erneuerbare Energien und neue Technologien für effiziente Energienutzungen sind immer willkommen. Weniger erfolgreich dürften jedoch Strategien sein, die den gewohnten Komfort beeinträchtigen und den Kunden diktieren, wann, wo und in welcher Menge sie ihren Strom beziehen dürfen. Sie wären nämlich mit einem massiven Eingriff in die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger verbunden.

Bei alledem ist auch zu bedenken, dass ab 2020 die Kernkraftwerke Beznau und Mühleberg altershalber vom Netz gehen und ab 2017 die Stromimportverträge mit Frankreich kontinuierlich auslaufen.

Wie sich das Schweizer Volk am Schluss auch immer entscheidet: Es wird die Vor- und Nachteile der einzelnen Stromproduktionsarten genau abwägen und Versorgungssicherheit und Risikominimierung bestmöglich in Einklang bringen wollen. Eine anspruchsvolle Aufgabe. Sie geht uns alle an und braucht Zeit. Einseitige Schnellschüsse mit gravierenden Folgeschäden für unser Land, die Bevölkerung und den Wirtschaftsstandort sind das Letzte, was wir brauchen können.

Ich bitte Sie, der einstimmigen SVP-Fraktion zu folgen und den Antrag auf Direktbeschluss abzulehnen.

10.05.2011/Gregor Biffiger